

Identität der Teufel wohnt, weil er Festlegungen erzwingt, die keinem Menschen gerecht werden. Tony, Tony Avigail, das war der Name seiner Tante, die nach Auschwitz verschleppt und dort ermordet wurde: »Jude sein ist für mich die Bereitschaft zu kollektiver Selbstbefragung und unbequemer Wahrheit, jene Unabhängigkeit im Denken, für die wir einst bekannt waren. Es reicht

nicht, die Konventionen anderer Leute zu verwerfen. Wir müssen auch die unnach-sichtigsten Kritiker unserer selbst sein. Dieser Vergangenheit fühle ich mich verpflichtet. Darum bin ich Jude. Tony Avigail wurde 1942 nach Auschwitz deportiert und dort als Jüdin vergast. Ich trage ihren Namen.«

Tony Judt: Das Chalet der Erinnerungen. Hanser, München 2012, 224 S., € 18,90. ■

Wolfgang Schneider

Verwaltung oder Gestaltung?

Was man von der Kulturpolitik in Österreich lernen kann

Wolfgang Schneider

(* 1954) ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim, Vertrauensdozent der FES und war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages.

schneider@uni-hildesheim.de



Kulturpolitik meint gemeinhin die gesellschaftliche Gestaltung einer Kulturlandschaft durch Politik, Zivilgesellschaft und Markt. Sie ist als Politikfeld in der Praxis identifizierbar, sie ist innerhalb der Gebietskörperschaften institutionalisiert und sie ist auch in der Wissenschaftsgemeinde als Forschungsgebiet entdeckt. Die Konstituierung hat insbesondere in autokratischen Staatsformen stattgefunden, in Demokratien ist sie vor allem in Westeuropa nach 1970 entwickelt worden. Ehergehend lassen sich wissenschaftliche Diskurse ableiten, Theoriebildungen nachvollziehen, konzeptionelle Modelle benennen. Ein Manko ist eher die Einordnung in Wissenschaftsdisziplinen. Die Politikwissenschaft hat sich weltweit bisher eher stiefmütterlich mit den Erscheinungsformen von Kulturpolitik beschäftigt, die Kulturwissenschaften im europäischen Raum

haben nur ansatzweise Bezüge zur kulturellen Infrastruktur herzustellen versucht. Ein Fach Kulturpolitik, das sich interdisziplinär versteht und in mindestens diesen beiden verwandten Wissenschaften Verankerungen sucht, ist gerade erst am Entstehen; wenn auch gelegentlich nur mit Fokussierung auf das Kulturmanagement.

In diesem Zusammenhang ist die Habilitationsschrift zur Kulturpolitik in Österreich von Michael Wimmer von großer Bedeutung. Er versucht eine Standortbestimmung der Kulturnation Österreich, erörtert das Verhältnis von Kultur und Politik, analysiert kulturpolitische Instrumente und will dazu beitragen, dass Kulturpolitik als ein eigenes Politikfeld wahrnehmbar wird. »Die vorliegende Arbeit versteht sich als eine Suchbewegung«, heißt es in der Einleitung.

Wimmers Werk ist geleitet von der Idee der Wiedererfindung einer demokratisch verfassten Kulturpolitik. Vielfältig wird belegt, dass kulturpolitische Grundlagen fehlen, dass es ein Desiderat an diesbezüglichen Diskursen gibt und dass auch deshalb Kulturpolitik als Politikfeld im Vergleich mit anderen Bereichen eher eine untergeordnete Rolle spielt. »In Österreich beschränkte sich die wohlfahrtsstaatliche

Begründung von Kulturpolitik im Wesentlichen auf öffentliche Beschwörungen einer staatlichen Verpflichtung zur Kunst- und Kulturförderung, die sich u.a. in der Novelisierung einzelner Landeskulturfördergesetze niedergeschlagen hat.« Historisch bedingt habe die klassische Kunstinstitution über die permanente Weiterentwicklung der österreichischen Kulturlandschaft obliegt, Politik habe zudem Kunst und Kultur funktionalisiert, Kulturpolitik als Klientelpolitik repolitisiert, Kulturpolitik zur Förderung der Unterhaltungsproduktion benutzt, der Bildungspolitik unterstellt, als (Kultur)-Wirtschaftspolitik degradiert und letztlich eine Kulturpolitik zugelassen, die sich mehr verwaltet als dass sie gestalten würde. Der gesellschaftskritische Impetus ist unüberhörbar und zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Deshalb ist es Wimmer auch immer wieder ein Anliegen, Kulturpolitik von unten zu betrachten. »Kultur für alle«, eine Parole der westdeutschen Kulturpolitik in der sozialliberalen Ära, ist ihm Quelle und Impuls für seine Untersuchung. Vergeblich sucht er nach nachhaltigen Parallelen, darf sich aber dahingehend beruhigen lassen, dass auch im Nachbarland die Kulturpolitik der Partizipation eher gescheitert zu sein scheint.

Seine Hauptthese, dass sich die Kulturpolitik des Staates um die Aufrechterhaltung eines ursprünglich auf imperiale Repräsentation gerichteten Kulturbetriebes rankt, muss er leider bestätigt sehen. Der Kern österreichischer Kulturpolitik ist nach wie vor die Repräsentanz einer konservativen kulturellen Hegemonie. »Es blieb der Sozialdemokratie der 1970er Jahre vorbehalten, nicht nur auf städtischer Ebene in Wien, sondern auch auf gesamtstaatlicher Ebene, kulturpolitische Alternativentwürfe zu entwickeln, die aber – im Nachhinein betrachtet – nur bescheidene Auswirkungen auf die institutionellen Bestände haben sollten.«

Wimmer kennt sich aus. Bereits seine Diplomarbeit von 1985 beschäftigt sich mit

der »Kulturpolitik in Österreich zwischen 1966 und 1985«, eine Studie von ihm aus dem Jahr 1995 trägt den Titel »Kulturpolitik in Österreich. Darstellung und Analyse 1970-1990«. Er hat wichtige kulturpolitische Akteure wie den Europarat, die Europäische Kommission und die UNESCO in kultur- und bildungspolitischen Fragen beraten, er war im »Österreichischen Kulturservice« tätig und ist Leiter von »EDUCULT – Denken und Handeln im Kulturbereich«, er ist auf den nationalen, europäischen und internationalen Foren der Kulturpolitik – in der Wissenschaft, ebenso wie in der Politik – präsent, weiß von den Diskursen und ist selbst an ihnen beteiligt. Die österreichische Kulturpolitik hat er in seiner Habilitationsschrift beschränkt auf die nationalstaatliche Ebene. Das ist gut so, gibt es ihm doch die Möglichkeit, grundsätzlich eine Kulturpolitik für Österreich zu erörtern, zu konzeptionieren, ja auch zu fordern. Die föderalen und kommunalen Strukturen müssen von daher zu kurz kommen, was nur in einer Hinsicht bedauerlich erscheint: Denn wenn – wie Wimmer sowohl theoretisch ableitet als auch für die Praxis pointiert – Kulturpolitik als Politik für die Menschen gemacht wird, dann muss das Machen auch von unten möglich sein und diese Basis gibt es nun mal nur in den Regionen, vor Ort.

Kultur und Demokratie markiert den Kenntnisreichtum und die Könnerschaft des Autors, auch dies zu vermitteln. Theorie und Praxis sind bei Wimmer nicht nur international verschränkt, sie bauen aufeinander auf. Die Interdisziplinarität erfordert ein umfassendes Wissen und ein übergreifendes Denken, das er beherrscht und zu einem neuen Forschungs- und Lehrgebiet zu entwickeln weiß. Die kulturpolitischen Diskurse in Österreich werden ohne »den« Wimmer nicht mehr zu führen sein.

Michael Wimmer: Kultur und Demokratie. Eine systematische Darstellung von Kulturpolitik in Österreich. Studienverlag Innsbruck, 2011, 416 S., € 39,90. ■